

Besitz übergeben lassen, aber einen großen Gewinn dafür bräuteten, würde Preußen diese Länder als einen Preis dafür annehmen, um sofort eine neue Organisation Deutschlands zu billigen, welche künftigen aggressiven Gelüsten seinerseits Schranken setzt, um ein allgemeines mitteleuropäisches Bündnis zu Schutz und Trutz ins Leben treten zu lassen, um von der Adria bis zum Rhein, von der Ostsee bis zu den Gränzen der Schweiz ein dem Auslande gegenüber geschlossenes Staatsgebilde zu schaffen — so würden vielleicht gewichtige Stimmen aus Motiven der Staatsklugheit eine solche österreichische Politik entschuldigen, wenn auch nicht rechtfertigen. Aber Preußen will nehmen, ohne etwas Greifbares dafür anzubieten. Schleswig-Holstein vermag Preußen nicht zu sättigen, sondern nur seine Hungerbermüden zu reizen und zu erhöhen. Als wider Erwarten Neapel an Piemont fiel, so schloß dieses daraus nur, das jetzt auch der Kirchenstaat mit Nothwendigkeit an dasselbe fallen müsse. Ein Anfall der nordalbingischen Herzogthümer an Preußen würde kraft derselben Logik den Anfall der Mecklenburge, den von Hamburg und Lübeck vorbereiten und die Sicherheit von Hannover und Oldenburg ernstlich gefährden.“

Wien, 4. Dec. die Niederlage, welche das Ministerium in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erlitten, hat hier in den weitesten Kreisen großes Aufsehen hervorgerufen, schreibt die „Presse.“ Das Gerücht von dem beabsichtigten Rücktritt des Ministeriums wurde eifrig kolportirt; neue Ministerlisten, von denen eine immer abenteuerlicher als die andere, herumgereicht, und eifrig Verhandlungen darüber gepflogen, ob unsere Verfassungszustände nunmehr einer Verbesserung oder Verschlimmerung entgegengehen werden. — Wie man uns mittheilt, wurde der Herr Staatsminister heute Morgen zum Kaiser berufen; später soll auch der Herr Verwaltungsminister v. Basser dahin beschieden worden sein und auch der Herr Ministerpräsident Audienz gehabt haben. Die Gerüchte vom Rücktritt des Ministeriums sind jedoch vorzeitig, vielmehr dürfte seitens desselben versucht werden, dem Hause gegenüber eine möglichst veröhnliche Haltung zu beobachten, und es auf fernere Beschlüsse über die ministeriellen Vorlagen ankommen lassen. Die Grundzüge dieser Taktik wurden heute als festgestellt betrachtet, und es sollte demgemäß auch nicht von der Ausübung des Hauses die Rede sein. Man glaubt, daß die Majorität sich durch das Versprechen der Einbringung eines Gesetzes über den Belagerungszustand beruhigen lassen wird.

„Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erklärte vor einigen Tagen, die preussische Regierung werde auf entscheidende Verhandlungen über die Zukunft der Herzogthümer nicht eingehen, so lange Schleswig-Holstein von den Bundes-Executionstruppen nicht geräumt sei. Umgekehrt hatte Oesterreich, nachdem seine Vorschläge in dieser Besetzungsfrage, um die Ansprüche des Bundes mit den preussischen Forderungen in Ausgleich zu bringen, in Berlin keinen Anklang gefunden hatten, für den Gedanken gewirkt, sofort auf die Entscheidung der Hauptfrage einzugehen, wodurch jene secundäre Frage als Incidensfall sich von selbst erledigt haben würde. Man sieht also, Hr. v. Bismarck drehte den Spieß um, und da es ihm gelungen war, den größten Theil der österreichischen Truppen aus den Herzogthümern herauszubankettiren, wie sich Brinz gestern im Abgeordnetenhause ausdrückte, hatte er auch die Macht, sein Verlangen durchzusetzen. Es blieb somit dem wiener Cabinet wohl nichts Anderes übrig, als Hr. v. Bismarck beim Worte zuzuhören und ihm, jedoch stets daran festhaltend, daß dem Bunde die Initiative gewahrt werden müsse, in der holsteinischen Besetzungsfrage genug zu thun, unter der Bedingung, daß Preußen sofort mit Oesterreich in die Verhandlung eintrete über die definitive Erledigung der schleswig-holsteinischen Rechts- und dynastischen Frage. Diese Verhandlung hat nun auch bereits begonnen, weshalb Graf Mensdorff sich in seiner gestrigen Erklärung über diesen Punct nur äußerst reservirt ausdrücken konnte. In der Bundestags-Sitzung vom 1. Dec. wies Preußen bereits auf das Zugeständniß hin, welches es anbieten wolle, falls man ihm in einer Angelegenheit nachgebe, die es einmal als Ehrenfrage aufgestellt habe, worin es also nicht nachgeben könne. Hätte aber das preussische Cabinet dieses Zugeständniß, welches der definitive Bruch mit der Annexions-Politik ist, nicht gemacht, so würde wohl der Bruch zwischen den beiden deutschen Großmächten unvermeidlich geworden sein; denn das österreichische Cabinet war unbeugsam entschlossen, den Bund nicht vergewaltigen zu lassen. Schon wurde hier ernstlich in Erwägung gezogen, ob nicht die Bundesstruppen in Holstein unter österreichischen Oberbefehl zu stellen seien. Müßlich war auch freilich, für die Execution-Regierungen einzutreten, nachdem eine derselben so ganz und gar den Muth verloren hatte, auszuhalten. Aber wie dem auch sei, wir stehen endlich vor der Lösung der Erbfolgefrage,

und Oesterreich wird dafür sorgen, daß diese Lösung eine bundesgemäße sei. Das war der Sinn der gestrigen Erklärung des Grafen Mensdorff, der übrigens, was wohl erwähnenswerth ist, auf eine Vertheidigung des Allirten gegen die vielfältigen und zum Theil fulminanten Angriffe aus dem Hause nicht einging.“

Hannover. Aus Hannover vom 2. Dec. berichtet man der Magdeburgischen Zeitung: „Die Bestärkung in unsern leitenden Kreisen über das Vorgehen Preußens soll außerordentlich sein. Daß sie einen sehr hohen Grad erreicht haben muß, bekundet schon die hier sonst ungewohnte Nachgiebigkeit. Kaum waren die preussischen Maßnahmen bekannt geworden, als die Neue Hannoverische Zeitung sofort verkündete, die hannoverschen Truppen würden selbstverständlich aus Holstein zurückgezogen werden. Sachsen wahr zum wenigstens die äußern Dehors, indem es auf die Entscheidung des Bundestags provocirt. Hannover aber, obgleich es an Sachsen einen Rückhalt hatte, ruft sofort: *souvo, qui peut*, (zu deutsch: siehe, wer kann!) und streckt die Waffen.“

Kurhessen. Kassel, 4. Dec. Der hiesige Stadtrath und der Bürgerausschuß haben heute beschloffen, an die Ständeversammlung eine Adresse zu richten, in welcher die vollständigste Zustimmung zum Inhalt der ständischen Adresse an den Kurfürsten ausgedrückt ist. Namentlich ist darin gegenüber der Antwort des Kurfürsten auf die letztere (vergl. unsere gestrige Nr. unter Kurhessen) bestätigt, daß das ganze Land über die Trostlosigkeit unserer Zustände so denke, wie dieselben von den Ständen geschildert worden sind. Wie man hört, werden dem Beispiel der hiesigen Stadtbehörden die aller Städte des Landes folgen. Die desfallige Verabredung ist schon vorher getroffen. Wahrscheinlich werden dann auch die andern Klassen der Bevölkerung das Beispiel nachahmen. Da die Lösung unserer Angelegenheit mehr, als man wol glaubt, mit der gegenwärtigen Lage der deutschen Frage zusammenhängt, so werden die entschiedensten und weitgehendsten Schritte der Stände wol noch etwas verschoben werden müssen. Ohne Antwort wird man aber die kurfürstliche Eröffnung nicht lassen.

Hannover, 2. Dec. (S. G.) Die Extrazüge auf der Hannover-Harburger Eisenbahn waren bereits angeordnet, um am 3. und 4. Dec. sämtliche hannoversche Truppenkörper aus Holstein in ihre verschiedenen Garnisonorte zu führen; heute aber ist ein Gegenbefehl erlassen, welchem zufolge die Züge bis auf Weiteres nicht abbestellt aber doch stillstehen.

Der Ost-Deutschen Post wird aus Paris vom 29. Nov. geschrieben:

Man macht von preussischer Seite außerordentliche Anstrengungen, auch in Paris mit der Bravour des Hrn. v. Bismarck in Schleswig-Holstein Aufsehen zu erregen. Aber es geht nicht. Man glaubt nicht daran, weil man die berliner Mittheilungen belächelt, wonach Oesterreich und Deutschland zusammen es nicht wagen können, sich Hr. v. Bismarck in den Weg zu stellen. Von Oesterreich und Deutschland hegt man hier eine bessere Meinung und jeder deutsche Widerstand gegen Preußen wird in Frankreich die lebhaftesten Sympathien finden. Auch die Tuilerienpolitik sympathisirt mit einer deutschen Bewegung, sollte auch Oesterreich die Initiative ergreifen und die Führung sowie die Verantwortlichkeit übernehmen. (?) Freilich behält sie sich vor, praktische Konsequenzen aus dem zweiten Act deutscher Nationalitätspolitik zu ziehen. Wenn Oesterreich und Deutschland den französischen Erwartungen nicht entsprechen, so wird die Tuilerienpolitik die Bismarck'sche Actionspolitik zu einem großen Streiche aufmuntern. Die wechselseitigen Bedingungen hierzu sind hier längst gesprächsweise präliminirt worden, und es ist längst ein preussisches Eingeständniß: Bismarck brauche sich nur mit Frankreich abzufinden, um mit Deutschland fertig zu werden.

Frankreich.

Paris, 3. Dec. Seit einiger Zeit finden verschiedene Arbeitseinstellungen statt. Die Regierung hat sich der Zimmerleute und Maurer angenommen und ihnen versprochen, daß, wenn sie sich zu einer Gemeinschaft zusammen thun wollten, sie Bedingungen erhalten sollen, welche ihnen den Gewinn verschaffen würden, den sie hätten, wenn sie einen verhältnismäßigen Antheil an dem betreffenden Bauunternehmen haben würden. Doch mußten einige Ruhestörer festgenommen werden. Die Regierung beabsichtigt, die Bauwerkstätten in den Kriegshäfen aufzuheben. Die Bauten der Regierung sollen nur der Privatindustrie übertragen werden, und der Staat wird seine Ueberwachung durch Ingenieure ausüben.

Aus Paris, 4. Dec., wird ferner der „N. Fr. Presse“ telegraphirt: Kaiser Napoleon hat im Gespräch mit dem kaiserlich österreichischen Botschafter Fürsten Metternich die friedlichsten Erklärungen abgegeben und versichert, er werde etwaigen Angriffen Italiens gegen Rom keine Unterstützung angedeihen lassen, sei aber bereit, wenn Oesterreich, wie es scheint, sich hierzu geneigt zeige, eine Verständigung zwischen den Cabinetten von Wien und Turin anzubahnen zu helfen. — Ein Geheimekretär Bismarck's ist in Paris angekommen.

bei der
waren
des re
Unterri
nen erl
ter von
liche
kann s
russisch

vom
machur
Strafg
und ei

tion v
schont
sicheru
den ka
können,
Zwecke
hen, r
sprach

zwei
von i
Beaur
bringen

D
fens
selben
Briefe
pantog
zöglich
Text
Umsch
peu z
tes A
in Be
der F
gen.
setze
beauf
gierun
men r
Dafst
schäpe
sicherf
vor n
Daf

bedeut
hose
der g
arretir
uer d
plage
Als e
freium
fle an
zuge
Ruge
mit d
Reche
und,

hiesig

empfi

unter

qu

qu